

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden
Rohde & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: 6481, Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, A.-G., Dresden,
Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, sei es durch eine neue Geschäftsbesorgung, hat der Besteller der Dresdner Volkszeitung seinen Anbruch auf Rückzahlung bei Beendigung oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten mit der monatlichen Unter-
haltungsbekleidung (Sachen, Wäsche, Schuh) anhebend, Post und Zeit-
monatlich 2,40 RM., halbjährlich 12,00 RM., Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Druckerei: Meißnerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3521. Druck-
stunden nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Meißnerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3521 und 12 97.
Verlagszeitung von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Normalzei-
tung 35 Pf., die 30 mm breite Kleinformatzei-
tung 20 Pf., für auswärts-
Abnehmer 40 Pf. und 25 Pf. Familienabgabe. Stellen- und Wirt-
schaftliche Anzeigen. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 203

Dresden, Donnerstag den 30. August 1928

39. Jahrg.

Sowjetrußland und Panzerschiff

Von L. Perzins, Kapitän zur See a. D.

Der Reichswehrminister fordert den Bau von Panzerschiffen hauptsächlich aus dem Grunde, weil er durch diese Schiffe den Schutz Ostpreußens gewährleisten will. Gegen wen? Nur Polen und Rußland kommen in Frage. Die polnische Flotte verfügt neben wenigen kleinen Schulschiffen nur über einige Torpedoboote. Drei U-Boote werden gebaut. Sie sollen im Herbst fertig werden. Dann besitzt Polen 600 Kampfflugzeuge. Das polnische Militärbudget beziffert sich auf 713 Millionen Zloty, d. h. 35 Prozent des Gesamtbudgets. (Ausgaben für Meer und Flotte in Deutschland — Veröffentlichungen des Reichsrats vom 30. Dezember 1927 = 13,03 Prozent.) Rußland gibt in diesem Jahre 742 Millionen Rubel für seine Landesverteidigung aus. (Bericht des Finanzkommissars vom 12. April 1928), d. h. 13 Prozent der Gesamtausgaben. Der Marineetat beläuft sich auf 88 Millionen Rubel (der deutsche Marineetat auf 218,8 Millionen Mark.). Die russische Flotte in der Ostsee besteht aus 4 Minenschiffen, die vom Kriege erbaut wurden, und die 2300 bis 2600 Tonnen verdrängen, aus einem Panzerkreuzer und zwei getriebenen Kreuzern, wiederum aus der Vorkriegszeit. Ferner sind vorhanden 36 Zerstörer und 13 Unterseeboote (drei hier von im Bau). 800 Kampfflugzeuge sind dienstbereit. Man beachte nur die Zahl der U-Boote und der Flugzeuge! Alle anderen Schiffe spielen im Zukunftskriege keine Rolle mehr. Das Versailles-Diktat gestaltet uns weder Unterseeboote noch Kampfflugzeuge zu besitzen.

Wie sieht es um die Kampfkraft der russischen Flotte? Außerordentlich spärlich sind die Nachrichten über sie in den Fachschriften. Wohl aus dem Grunde, weil es bezüglich wenig zu berichten gibt. Geldknappheit hauptsächlich verhinderte bisher jede Modernisierung des Schiffsmaterials. Alljährlich wurden kleinere Manöver in der Ostsee unternommen. Sie liefen meist auf die Verteidigung Kronstädts aus. Von Regierungsseite wurde in öffentlichen Reden immer nur von „beachtlichen“ Verbesserungen gesprochen, vornehmlich solche auf den Werften in Aussicht gestellt. Es wurde eingeräumt, daß man ebensowenig wie vor dem Kriege ohne fremde Hilfe auf eigenen Werften kampffähige Schiffe bauen könne. Bezüglich der Luftstreitkräfte ließ es, sie seien quantitativ den Flotten anderer Staaten unterlegen, aber man dürfe erwarten, daß die mangelnde Zahl in nächster Zeit durch hervorragende Qualität auszugleichen werden würde. Das ist ein billiger Trost. 800 Flugzeuge sind allerdings recht wenig für eine Macht wie Rußland. England besitzt 1215, Frankreich 1615, Italien 1100. Ebenso sind 13 Unterseeboote äußerst bescheiden. England hat 73 und im Bau 18, Frankreich 81 und 23, Amerika 121 und 6.

Wie denkt sich Herr Groener den Schutz Ostpreußens? Natürlich können einige 10 000-Tonnen-Schiffe weder Rußen noch Polen davon abhalten mit ihren Heeren in Ostpreußen einzudringen. Es wird beabsichtigt, im Falle drohenden Krieges einen Teil des uns durch den Friedensvertrag gelassenen 100 000-Mann-Heeres auf Transportdampfern zu verladen, und diese unter dem Geleit der Panzerschiffe nach Königsberg zu schicken. Auch der Laie wird einwenden: „Da wäre es doch einfacher, die Landtruppen auf dem Lande zu belassen, um von hier aus einem bolschewistischen Einfall zu begegnen. Falls Rußland der Feind sein sollte, würde Polen sicher nichts dagegen haben, wenn unsere Truppen durch den Korridor marschierten.“

Das Urteil des Sachmannes über den Panzerschiffbau lautet: „Schärfstens zu verurteilen“, weil erfahrungsgemäß auf einem so kleinen Displacement wie 10 000 Tonnen sich die heute an ein Panzerschiff zu stellenden Ansprüche hinsichtlich artilleristischer und Torpedoarmerung, Panzerung und Geschwindigkeit nicht erfüllen lassen; weil zweitens überwasserfahrende Kriegsschiffe durch U-Boote und Flugzeuge äußerst gefährdet sind. Aller Voraussicht nach wird kein Panzerschiff es wagen, in einem Kriege den schützenden Hafen zu verlassen. Aus diesem Grunde baut keine Marine mehr Panzerschiffe. Frankreich ließ seine letzten Panzerschiffe 1913, Amerika 1921 u. v. vom Stapel laufen. Seit dreißig Jahren in besonderer der Ostsee Ostpreußens gegen Rußland und Polen nie von Panzerschiffen u. v., falls sie nicht durch einen Stachel von Unterseebooten und durch Kampfflugzeuge godoht werden, geleistet werden kann. Panzerschiffe werden, wenn sie verjagen sollten, Truppen auf Transportdampfern über die Ostsee nach Ostpreußen zu geleiten, von russischen und polnischen U-Booten und Flugzeugen spielen auf den Grund des Meeres verjagt werden.

Der Gedanke, Ostpreußen durch Panzerschiffe schützen zu wollen, ist also vom sachlichen Standpunkt aus völlig verfehlt. Jedoch nicht nur vom sachmännlichen, sondern auch vom politischen ist er durchaus abzulehnen. Der Bau von Panzerkreuzern wird sowohl von Polen wie von Rußland höchstwahrscheinlich mit höchstem Mißtrauen aufgenommen werden, wird als ein Zeichen wiedererwachenden Militarismus gelten. Selbstverständlich ist der Bau marineteknisch, wie oben ausgeführt,

völlig belanglos, denn durch 10 000-Tonnen-Schiffe brauchen sich weder Polen noch Rußland irgendwie bedroht zu sehen. Aber man wird sich das herrliche Agitationsmittel nicht entgehen lassen. Wie prächtig klingt für jeden Militaristen „Deutschland rüstet energisch auf, es baut 4, 6, ja 8 Panzerschiffe“. Im übrigen ist es keine Liebertragung, von acht Schiffen zu sprechen. Der Friedensvertrag erlaubt uns sechs, sowie zwei Reservefahrzeuge. Der Leiter der Marinehaushaltsabteilung, Kapitän zur See Gadow, schrieb: „Die sechs Minenschiffe nebst zwei Reservefahrzeugen sind endgültig überaltert...“ (Berliner Tageblatt vom 28. Februar 1928).

Was würde das naturgemäße Resultat unseres Panzerschiffbaues sein? Rußland und Polen würden sich veranlaßt sehen, ihre U-Bootsflotten und Flugzeuggeschwader zu verstärken. Also gingen wir einem Wettstreit entgegen, wie einst, als wir im Frieden glaubten, eine der englischen

Großkampfschiffesflotte ebenbürtige Flotte schaffen, unseren Handel über die Weltmeere sichern u. a. m. zu können, und im Kriege durch unsere U-Boote — die wir kaum besäßen — die britischen Inseln umzingeln zu können. Das eine wie das andere konnte nur dem phantasiervollen Hirn eines Zirkusentpringers. Heute handelt es sich vorläufig nur um den Wunsch, einem Panzerschiff einen schönen Namen geben zu können. „Rhoebus“ schlugen Witzbolde vor. Ernster Leute tragen würdigerer Namen im Ruf. Wer keine Ambitionen hat, wird von einem gütigen Schicksal erlesen: „Möge dem A nie ein B, C, D usw. Schiff folgen, möge A einsam bleiben, bald sein wohlverdientes Ende im Museum für Altertumsfunde finden, damit nicht ein Auktionslot zum Wettbewerb mit Rußland und Polen gegeben wird.“ Es wäre ja eine Tragikomödie: die eine Partei baut gänzlich wertlose 10 000-Tonnen-Panzerfahrzeuge, die andere wertvollste U-Boote und Kampfflugzeuge.

Die proletarischen Hilfsstruppen

Unentbehrlich für die Machtpolitik der bürgerlichen Parteien

Lambach nur gerügt

Das Deutschnationale Parteigericht hat in Sachen Lambach das folgende Urteil gefällt:

„Unter Aufhebung des Urteils des Landesverbandes Potsdam II (auf Ausschluß aus der Partei) wird gegen Herrn Reichstagsabgeordneten Lambach auf einen Verweis erkannt.“

Der Name Parteigericht und der Tenor dieses Urteils erwecken den Eindruck, als ob es sich um eine reine Rechtsentscheidung, nicht um eine politische Entscheidung gehandelt habe. In Wahrheit liegt eine politische Entscheidung einer politischen Körperschaft vor. Das Urteil war bereits vorher bekannt, es ist in Vorberhandlungen zwischen der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei und den Freunden Lambachs festgestellt worden. Es ist ein Kompromiß, das Herrn Lambach das Verbleiben in der Deutschnationalen Partei und Reichstagsfraktion ermöglichen und eine Massenflucht deutschnationaler Angestellter aus der Partei verhindern soll. Es ist zugleich eine Demonstration der Westarp-Richtung gegen Herrn Eugenbergs

Die ultimative Forderung Eugenbergs „Lambach muß hinaus“ hat die Westarp-Richtung nicht in die Knie gezwungen. Eugenbergs Forderung nach seiner starken Demonstration und dem Urteil des deutschnationalen Parteigerichts jetzt als der unterlegene Teil.

Eine andere Frage ist es, ob diese Entscheidung das Stärkeverhältnis der miteinander kämpfenden Richtungen in der Deutschnationalen Partei genau wiedergibt. Auf der Parteivertretung im Juli hatte Eugenbergs eine klare Mehrheit unter den Parteimitgliedern, und der Streit um Lambach verstand damals hinter dem plötzlich hervortretenden Gegenpart Westarp-Eugenbergs. Der Austrag dieses Gegenstandes ist einer neuen deutschnationalen Parteivertretung vorbehalten worden, die Anfang September zusammenkommt. Dort wird es sich zeigen, wie Herr Eugenbergs sich mit dem Spruch des Parteigerichts auseinandersetzen gedenkt. Der Fall Lambach ist durch den Spruch vom 29. August zwar formell erledigt. Man kann aber voraussehen, daß er auf dieser Parteivertretung noch eine erhebliche Rolle spielen wird.

Eine Entscheidung über die von Herrn Lambach aufgeworfenen Fragen ist durch den Spruch des deutschnationalen Parteigerichts nicht gefallen. Ober soll es bedeuten, daß jeder, der nicht unbedingter Monarchist ist, in der Deutschnationalen Volkspartei nur als Soldat zweiter Klasse gebildet wird?

Die Angelegenheit Lambach hat mit dem Beschluß des Parteigerichts einen formalen Abschluß gefunden, aber damit ist die Deutschnationale Partei noch lange nicht über die Schwierigkeiten hinweg, von denen der Fall Lambach nur ein Anzeichen war. Außerlich handelt es sich bei der Affäre Lambach nur um die Stellung der Deutschnationalen zur Frage der Monarchie. Aber schon die Tatsache, daß der schärfste Gegner Lambachs der Großindustrielle Eugenbergs ist, deutet darauf hin, daß es sich bei dem Gegenstande, die bei dem Fall Lambach in der Deutschnationalen Partei hervorgetreten sind, eben nicht nur um die monarchische Frage handelt.

Jetzt alle bürgerlichen Parteien leiden heute mehr oder weniger unter dem Widerspruch zwischen ihren Zielen und der Aufzählung ihrer Anhänger. Diese Parteien sind die Vertreter der Interessen der Weichen. Aber die Zeit ist vorbei, wo große Proletariermassen das getreue Stimmvieh der bürgerlichen Parteien bildeten, auf das man überhaupt keine Rücksicht zu nehmen brauchte. Auch die Arbeiter und Angestellten, die nicht der Sozialdemokratie angehören, sind heute irgendwie zur Vertretung ihrer

Interessen organisiert, und wenn ihre Führer auch noch so oft erklären, daß sie von dem Klassenkampf, den die Sozialdemokratie erfand, nichts wissen wollen, so sind doch ihre Forderungen heute dem kapitalistischen Unternehmertum oft nicht weniger unangenehm als die der sozialistischen Proletarier.

Wollen die bürgerlichen Parteien ihre Angestellten und Arbeiter überhaupt halten, so heißt es Zugeständnisse machen. Man braucht Leute, die mit Recht oder Unrecht als Angestellten- oder Arbeiterführer gelten, als Konzeptionshulzen im Parlament. Man kann nicht einfach alle sozialpolitischen Forderungen der Angestellten und Arbeiter so leicht beiseite schieben, wie man das gern möchte. Man kann nicht verhindern, daß die Arbeiter und Angestellten in der eigenen Partei, wenn sie auch noch so zahm sind, versuchen, sich mehr Einfluß zu verschaffen als das einem so großmächtigen Herrn wie Eugenbergs angenehm ist. So haben wir heute ein wenn auch vielleicht recht bedauerndes Stückchen Klassenkampf in den bürgerlichen Parteien, der wohl meist hinter den Kulissen geführt wird. Nur gelegentlich merkt man in der Öffentlichkeit, daß hier zwischen den Vertretern verschiedener Gesellschaftsklassen um Macht und Einfluß gerungen wird.

Gegen den Ausschluß Lambachs aus der Deutschnationalen Partei haben sich freilich auch Leute gewandt, die man sicher nicht als Vertrauensmänner ganz oder halbproletarischer Kreise ansprechen kann, wie Graf Westarp und der frühere kaiserliche Staatssekretär Wallraf. Aber dadurch darf man sich in seinem Urteil über die letzte Ursache des Konflikts nicht irremachen lassen. Die Wallraf und Westarp wünschen wahrscheinlich im Innersten ihres Herzens die Angestelltenvertreter ebenso zum Teufel wie Herr Eugenbergs, aber sie sind etwas „realpolitisch“ veranlagt, sie wissen, daß man diese Leute braucht, solange man mit der gottverdammten Demokratie rechnen muß. Die Westarp und Wallraf wollten natürlich ebenso wie Herr Eugenbergs, daß die Deutschnationale Partei ein möglichst brauchbares Instrument von Krattjunktoren und Schlotbaronen bleibt, aber sie sind sich darüber klar, daß man heute aus Grundbesitzern und Industriemagnaten allein eine Partei nicht mehr bilden kann.

Dabei dürfte für die Herrschaften besonders ins Gewicht fallen, daß Herr Lambach einer der Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist und daß man mit seinem Ausschluß gerade diejenigen Angestellten vor den Kopf stieße, von denen man noch am allerbesten erwarten kann, daß sie auch in Zukunft der Deutschnationalen Partei Gefolgschaft leisten. Die Arbeiter dürften die Deutschnationalen, wenn man von der spärlichen Zahl der Weichen absteht, sowieso nicht sehr viel Mühe haben, so müssen sie doch wenigstens die Angestellten zu halten suchen, die ihnen in ihrer ganzen Bestimmung immer noch am nächsten stehen.

In dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband haben allerhand reaktionäre Auffassungen seit jeher eine starke Rolle gespielt. Ursprünglich standen in diesem Verband überhaupt reaktionäre Forderungen im Vordergrund. Er war die Organisation der Handlungsgehilfen, die sich nicht mit der Entwicklung abfinden wollten, die im Handelsgewerbe aus dem sogenannten jungen Mann, der den Feldmarschallstab des Großkaufmanns im Tornister trug, einen Stehproletarier machte, der sein Leben lang Angestellter bleiben muß. Fort mit der Frauenarbeit, nieder mit den Warenhäusern, Kampf den Juden, so lautete ursprünglich das Feldgeschrei dieser deutschnationalen Handlungsgehilfen. Aber auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat der Entwicklung nicht in den Arm fallen können. Er mußte sich wohl oder übel in seiner Praxis dem einfließen so scharf be-